

## Medienmitteilung

Thema	<b>Buchpreisbindung - Vernehmlassung</b>
Für Rückfragen	Jan Flückiger, Tel +41 31 323 05 30, Mobile +41 79 440 71 25
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	21. Januar 2009

### Die Schweiz braucht kein Buchpreisbindungsgesetz - Vernehmlassungsantwort der Grünliberalen zum Entwurf für ein Buchpreisbindungsgesetz

**Die Grünliberale Partei Schweiz lehnt eine Wiedereinführung der Buchpreisbindung ab, weil sie wirtschafts- und kulturpolitisch falsch und aus Sicht der Konsumenten teuer wäre. Preiskartelle sind mit einer liberalen Wirtschaftsordnung nicht zu vereinbaren und maximieren die Gewinne der Kartellmitglieder zu Lasten der Allgemeinheit und insbesondere der Konsumenten. Eine Wiedereinführung der Buchpreisbindung hätte höhere Preise zur Folge.**

Nach Auffassung der Grünliberalen ist das Wort „Preisbindung“ eine schönfärberische Bezeichnung für das, worum es bei der Vorlage in Wahrheit geht, nämlich die (Wieder-)Einführung eines Preiskartells des Buchhandels. Preiskartelle sind mit einer liberalen Wirtschaftsordnung nicht zu vereinbaren und maximieren die Gewinne der Kartellmitglieder zu Lasten der Allgemeinheit und insbesondere der Konsumenten. Aus ordnungspolitischen Gründen sind die Grünliberalen auch gegen das Ziel des Entwurfs, die bestehenden Marktstrukturen in der Buchbranche zu erhalten. Zudem wäre eine Buchpreisbindung aus Sicht der Grünliberalen ein Rückschlag im Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz: 2005, als die Buchpreisbindung noch in Kraft war, waren die Preise für deutschsprachige Bücher in der Schweiz um 16% höher als in Deutschland, bei nur 8% höheren Kosten. Dies belegt, dass die Buchpreisbindung vor allem dazu dient, die höhere Kaufkraft der Schweizer Konsumenten abzuschöpfen.

#### **Ein kulturpolitischer Bumerang**

Nach Meinung der Grünliberalen Partei Schweiz wäre eine Buchpreisbindung ein kulturpolitischer Bumerang: Für eine lebendige Buchkultur müssen Bücher auch gekauft und gelesen werden. Eine Wiedereinführung der Buchpreisbindung hätte aber höhere Preise zur Folge – mit dem Resultat, dass sich Konsumentinnen, Bibliotheken und Bildungseinrichtungen weniger Bücher leisten könnten.

#### **Unsozial, bürokratisch und verfassungsrechtlich fragwürdig**

Eine Buchpreisbindung wäre ausserdem unsozial, weil die höheren Buchpreise Konsumenten mit kleinem Einkommen sowie Bildungseinrichtungen mit schmalen Budgets am stärksten belasten würden. Zudem würde ein Buchpreisbindungsgesetz beim Staat zu mehr Bürokratie führen und der Wirtschaft hohe Regulierungskosten aufbürden. Nach Auffassung der Grünliberalen wäre das vorgeschlagene Gesetz verfassungswidrig, weil es nicht im öffentlichen Interesse liegt und die Wirtschaftsfreiheit unverhältnismässig einschränkt. Ausserdem hat es keine verfassungsmässige Grundlage.

Für den Fall, dass der Entwurf im Parlament eine Mehrheit fände, müsste also zuerst ein neuer Verfassungsartikel geschaffen und dieser Volk und Ständen zur Abstimmung vorgelegt werden. Erst dann könnte das Parlament ein Buchpreisbindungsgesetz erlassen.

**Eine entsprechende Vernehmlassungsantwort wurde heute beim SECO eingereicht. Auf Wunsch können wir Ihnen diese gerne zukommen lassen.**